

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Georg Schmid

Abg. Harald Güller

Abg. Florian Streibl

Abg. Thomas Hacker

Abg. Christine Stahl

Abg. Bernhard Pohl

Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten

**Georg Schmid, Reinhold Bocklet, Prof. Ursula Männle u. a. und Fraktion (CSU),
Markus Rinderspacher, Harald Güller, Franz Schindler u. a. und Fraktion (SPD),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Thomas Hacker, Karsten Klein, Tobias Thalhammer u. a. und Fraktion (FDP),
zur Änderung der Verfassung des Freistaats Bayern (Drs. 16/15140)**

- Erste Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Erster Redner ist der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Kollege Georg Schmid.

Georg Schmid (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein ganz besonderer Tag. Wir bringen einen interfraktionellen Gesetzentwurf zur Änderung der Bayerischen Verfassung ein. Er wird heute in Erster Lesung beraten. Ich glaube, was wir heute miteinander erleben, ist ein starkes Zeugnis der politischen Kultur in Bayern.

(Beifall bei der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die vier Fraktionen von CSU, FDP, SPD und FREIEN WÄHLERN haben sich jenseits der Auseinandersetzungen des politischen Tagesgeschäfts gemeinsam auf fünf Verfassungsänderungen verständigt, die wir den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern bei der Landtagswahl 2013 zur Entscheidung vorlegen wollen. Damit wollen wir die Verfassung des Freistaats Bayern behutsam weiterentwickeln. Wir reagieren mit unseren Vorschlägen auf neue Herausforderungen von Staat und Gesellschaft. So halten wir unsere Verfassung lebendig. Ich bedaure es daher sehr, dass sich die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN als einzige Fraktion des Hohen Hauses von vornherein nicht an den Gesprächen beteiligen wollte. Wir haben konstruktive Ver-

handlungen geführt, die – das konnte man von Anfang an spüren – vom Willen getragen waren, für die Menschen in Bayern gemeinsam ein gutes Ergebnis zu erzielen.

Ich bedanke mich sehr herzlich beim Fraktionsvorsitzenden der SPD, Markus Rinderspacher, und bei dem Parlamentarischen Geschäftsführer Harald Güller.

(Beifall bei der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ebenso bedanke ich mich sehr herzlich beim Vorsitzenden der FREIEN WÄHLER, Hubert Aiwanger, sowie bei Florian Streibl. Herzlichen Dank an Sie beide!

(Beifall bei der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

In besonderer Weise bedanke ich mich auch beim Fraktionsvorsitzenden der FDP, Thomas Hacker. Lieber Thomas, herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vor zwei Jahren hat der bayerische Ministerpräsident in seiner Rede am politischen Aschermittwoch in Passau den Verfassungsdialo g angestoßen. Dann verging einige Zeit – das war gut und richtig -, bis wir dieses Thema über die Fraktionen hinweg in Angriff genommen haben.

Frau Bause ist noch nicht da. Es wäre, wie gesagt, schön gewesen, wenn wir die GRÜNEN gleichermaßen, liebe Frau Stahl, mit im Boot gehabt hätten. Wir haben noch gestern Abend beim Empfang der Landtagspräsidentin und des Vereins der Landtagspresse versucht, Gespräche am Tisch zu führen. Aber da konnten wir nicht ganz so viel Überzeugungsarbeit leisten, dass es zu einer Zusammenarbeit gereicht hätte. Ich glaube, inhaltlich wären wir gar nicht so weit auseinander gewesen.

Es fiel der Begriff "Kosmetik". Ich glaube, es ist ein wichtiges Staatsziel, die gleichwertigen Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Bayern zu fördern. Dies wäre ein wichtiger programmatischer Satz in unserer Verfassung. Wir wollen das Land in allen Teilen gleichermaßen weiterentwickeln. Auch in Bezug auf die Förderung des ehren-

amtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl bin ich der Meinung: Hier handelt es sich nicht um Kosmetik, sondern um einen Verfassungsgrundsatz, der dokumentiert werden sollte, auch angesichts unserer immer wieder vorgebrachten Forderung, das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement zu begleiten und voranzubringen. Ich halte es für gut, dass wir das in die Verfassung bringen wollen. Damit bringen wir auch die Wertschätzung für das Ehrenamt zum Ausdruck.

72 Millionen freiwillige Arbeitsstunden werden im Freistaat Bayern jeden Monat erbracht. Das ist eine starke Kraft. So etwas darf, liebe Kolleginnen und Kollegen, doch einmal in der Verfassung stehen. In der Verfassung stehen schon viele wichtige Dinge. Da wären auch die Förderung und Unterstützung des Ehrenamts in der Verfassung gut platziert.

(Beifall bei der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben die Mitwirkungsrechte des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union in unserem Gesetzentwurf mit aufgenommen. Diese Mitwirkungsrechte müssen gestärkt werden. Die Informationspflicht besteht zwar schon heute, bedarf aber angesichts der europapolitischen Debatte, die wir momentan führen, dieser Ergänzung.

Wir wollen auch, dass dem Landtag das Recht eingeräumt wird, die Staatsregierung durch Gesetz in ihren verfassungsmäßigen Aufgaben zu binden, soweit durch die Übertragung von Hoheitsrechten Gesetzgebungszuständigkeiten Bayerns ganz oder teilweise auf die Europäische Union übergehen. Dies ist eine klare Position des Parlaments gegenüber der Staatsregierung, die dokumentiert werden muss. Dies halte ich für ganz wichtig. Wir wollen erreichen, dass die Staatsregierung grundsätzlich an Stellungnahmen des Landtags gebunden ist, sofern Vorhaben der Europäischen Union Gesetzgebungszuständigkeiten und Kompetenzen des Landes unmittelbar betreffen. Ich halte es in der aktuellen Debatte für ganz wichtig zu sagen: Es dürfen nicht Kompetenzen weggenommen und auf die europäische Ebene übertragen werden, und dies darf vor allem nicht am Landesparlament vorbeigehen. Mit der Formulierung, die

wir jetzt gemeinsam gefunden haben, ist das sichergestellt. Ich halte es auch für ein wichtiges Signal an die Menschen im Lande, dass die Europäische Union als friedensschaffende Institution auf diesem Kontinent ihren Platz hat und dass neben den Kompetenzen auf Bundesebene auch die Kompetenzen der Länderparlamente beachtet und gestärkt werden müssen.

(Beifall bei der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen die Verfassung ändern und die Schuldenbremse aufnehmen, so wie sie im Grundgesetz steht. Wir wollen das auch in die Landesverfassung übernehmen, nicht nur in die Haushaltsordnung, weil es angesichts der Debatte in Europa auch ganz wichtig ist zu sagen: Wir dürfen uns nicht weiter verschulden, wir dürfen nicht über unsere Verhältnisse leben. Auch das ist in der jetzigen Situation ein ganz besonders starkes Signal.

Darüber hinaus war es unser gemeinsames Anliegen, dass die Gemeinden in ihrer Finanzsituation angemessen ausgestattet werden. Aus unserer Sicht reicht es nicht aus, sich auf die Rechtsprechung zu verlassen. Vielmehr muss klar dokumentiert werden: Wir wollen das in der Verfassung haben, weil die Kommunen ein wichtiger Eckpfeiler unseres gesamten Landes sind. Deswegen glaube ich, dass auch dieser neue Verfassungssatz sehr wohl seine Berechtigung hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

- Ja, das ist ein wichtiger Punkt.

Ich bedanke mich noch einmal sehr herzlich bei der SPD-Fraktion, bei den FREIEN WÄHLERN und bei unserem Koalitionspartner, der FDP. Es waren gute, konstruktive Gespräche. Ich glaube, dass ein Gesetzentwurf zu einer Verfassungsänderung, wie sie hier in fünf Punkten angestrebt wird, ganz selten in einem solchen Einvernehmen erarbeitet worden ist, wie es in den Beratungen zum Ausdruck gekommen ist. Ich will

gar nicht sagen, wie wenige Stunden wir eigentlich gebraucht haben, um zusammenzufinden. Das ist auch ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass die Politik in der Lage ist, dann zusammenzuarbeiten, wenn es um wichtige grundsätzliche Dinge geht. Die Bayerische Verfassung ist unser Leitfaden.

Deswegen noch einmal herzlichen Dank an diesem ganz besonderen Tag. Ich freue mich jedenfalls sehr darüber, dass wir es geschafft haben, dieses gemeinsame Werk vorzulegen, das wir sehr schnell beraten werden und das wir dann den Bürgerinnen und Bürgern wohl am Tag der Landtagswahl zur Entscheidung vorlegen wollen. Es gäbe für die GRÜNEN noch die Chance, sich dem ebenfalls anzuschließen. Wenn das ganze Parlament zustimmte, wäre dies ein weiteres Signal.

Noch einmal herzlichen Dank an all jene, die an diesem Werk mitgearbeitet haben. Ich bitte um gute und zügige Beratung.

(Beifall bei der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Schmid. Als Nächster hat Herr Kollege Harald Güller von der Sozialdemokratischen Partei das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Verfassung ist ein hohes Gut. Änderungen wollen gut überlegt sein. Es ist nicht unsere Aufgabe, jedes gerade für kurze Zeit populäre Thema aufzunehmen. Dem haben wir in den Gesprächen der vergangenen Wochen und Monate Rechnung getragen. – Auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön dir, lieber Georg Schmid, und dir, lieber Alexander König.

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU) und Volkmar Halbleib (SPD))

Die Messlatte der Hoegnerschen Verfassung ist hoch. Artikel 128: Anspruch auf Ausbildung. Artikel 151: Bindung aller wirtschaftlichen Tätigkeit an das Gemeinwohl. Artikel 158: Sozialbindung des Eigentums. Artikel 166: Schutz der Arbeit. Artikel 175 und

176: die Statuierung von Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer im Arbeitsleben. – Diese Vorgaben schließen es aus, eine Verfassung wegen jeder Kleinigkeit zu ändern. Wir sind aber der Auffassung, dass heute fünf gewichtige Themen zur Debatte stehen, die es rechtfertigen, die Bürgerinnen und Bürger am Wahltag zum nächsten Bayerischen Landtag auch aufzufordern, über diese Änderungen zu entscheiden.

Erstens: Der Staat fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land, in allen sieben Regierungsbezirken. – Uns ist klar, dass sich die politische Realität in Bayern allein durch die Statuierung dieses Verfassungsartikels noch nicht ändert; aber dieses Parlament und die Staatsregierung werden sich zukünftig stärker als bisher an diesem Leitsatz messen lassen müssen.

(Beifall bei der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ob alle Entscheidungen und Ratschläge, zum Beispiel die des Zukunftsrats der Bayerischen Staatsregierung, im Lichte dieser neuen Verfassungsregelung auch so erfolgt wären, wagen wir zu bezweifeln. Die Zukunft wird zeigen, welche Auswirkungen dies auf die Arbeit des Zukunftsrates hat.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens. Staat und Gemeinden fördern den ehrenamtlichen Einsatz für das Gemeinwohl. – Der Vorschlag, das Ehrenamt nun auch in der Bayerischen Verfassung zu fixieren und als Aufgabe von Staat und Kommunen zu definieren, trägt der Realität in Bayern und dem großen ehrenamtlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen Rechnung. Auch das rechtfertigt es, die Verfassung behutsam zu ergänzen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Georg Schmid (CSU) und Dr. Otto Bertermann (FDP))

Dritter Punkt: Angelegenheiten der Europäischen Union. Die Staatsregierung muss den Landtag unterrichten. Bei Vorhaben der EU hat der Landtag bei der Gesetzge-

bung ein Mitspracherecht, und unsere Stellungnahme ist in Zukunft maßgeblich zu berücksichtigen. Damit gehen wir konsequent den Weg der Enquete-Kommission "Reform des Föderalismus – Stärkung der Landesparlamente" aus dem Jahr 2002. Wir entwickeln damit das Parlamentsinformationsgesetz und das Parlamentsbeteiligungsgesetz weiter.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön auch an Herrn Vizepräsidenten Bocklet, dessen Verdienst es ist, dass die Diskussionen der vergangenen Jahre auf Bundesebene nun auch in der Verfassungsdiskussion aufgegriffen wurden und dass wir, zumindest mit vier von fünf Fraktionen, zu einem guten Ergebnis gekommen zu sind.

(Beifall bei der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Der vierte Punkt ist die Ergänzung, dass kommunale Selbstverwaltung natürlich auch heißt, dass der Staat den Gemeinden im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung zu gewährleisten hat. Das wird – davon bin ich überzeugt – in den kommenden Jahren ein ganz wichtiger Diskussionspunkt auch für künftige Parlamente und für künftige Haushalte in Bayern sein.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zum fünften Punkt, dem Thema Schuldenbremse. Natürlich hätten wir Sozialdemokraten uns an dieser Stelle noch mehr vorstellen können. Wir hätten uns vorstellen können zu statuieren, dass auch die Sicherung der Einnahmeseite festgeschrieben wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns vorstellen können, auch die Ausgabenseite mit der Sicherstellung von Investitionen in Bildung, in den sozialen Bereich und in die innere Sicherheit mit aufzunehmen. Ich glaube dennoch, dass der gefundene Kompromiss tragfähig ist. Die anderen Ziele werden wir als Sozialdemokraten im Zusammenhang mit einem Ausführungsgesetz zur bayerischen Haushaltsordnung weiterverfolgen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wichtig ist für uns ein sechster Punkt, der nicht enthalten ist. Herr Kollege Schmid hat ihn vorhin angesprochen. Herr Ministerpräsident Seehofer – da wohl eher der Parteivorsitzende – hat geglaubt, in Aschermittwochsreden, zuletzt im Jahr 2011, die Integrationspflicht zum Thema einer verfassungsrechtlichen Diskussion machen zu müssen. Ich glaube, das wird diesem hoch politischen Thema nicht gerecht und hätte nur Streit in unsere Gesellschaft getragen. Deswegen ist es richtig und gut, dass wir uns vom Anfang an einig waren, diesen Unsinn nicht in den Gesetzentwurf für eine Verfassungsänderung aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Somit liegen uns heute fünf Themen vor, die wir Sozialdemokraten allen Bürgerinnen und Bürgern am 15. September, wenn Landtagswahl ist, zur Annahme empfehlen können. Mit Leben erfüllen können und müssen diese Verfassung dann die Fraktionen im nächsten Parlament. Inhaltlich gibt es sicherlich unter uns vier Fraktionen hierzu verschiedene Auffassungen. Darüber werden wir auch im Hinblick auf den 15. September streiten. Aber einig sind wir uns darüber, dass die genannten fünf Punkte in die Verfassung aufgenommen werden und zukünftig das Leitbild der Arbeit dieses Parlaments sein sollen.

Wir Sozialdemokraten stimmen dieser Verfassungsänderung zu und empfehlen allen Bürgerinnen und Bürgern, bei der kommenden Abstimmung zu allen fünf Fragen mit Ja zu stimmen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, der FDP der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Kollege Florian Streibl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, es ist mir heute auch eine Freude, dass Sie diese Sitzung leiten, in der es auch um eines Ihrer "Kinder" geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Es war eine große Freude, in dieser Kommission mitzuarbeiten, vor allem weil es uns klargemacht hat, was parlamentarische Arbeit über die Grenzen der Fraktionen hinweg bedeutet. Es hat gezeigt, dass da, wo es letztlich um die Leitlinien der Gesellschaft in Bayern geht, wo es um etwas geht, das uns alle betrifft, ein großer Konsens von vier Fraktionen besteht, wo man zusammenfindet, wo man in sehr guten, harmonischen Gesprächen – und dafür möchte ich allen Beteiligten danken – zu einem Ergebnis gekommen ist, das sich meines Erachtens sehen lassen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Das ist ein Ergebnis, das für die Gesellschaft in Bayern wichtig ist. Wir führen in einer behutsamen Art und Weise in die Bayerische Verfassung, die ein verfassungsrechtliches Kleinod ist, wie es das auf dieser Welt sonst kaum gibt, neue Dinge ein, die Antworten auf die jetzigen Fragen unserer Gesellschaft geben. Hier ist es gut zu sehen, dass man zusammenarbeiten und auch zusammenstehen kann. Dir, lieber Georg, recht herzlichen Dank, dass du diese Kommission so tatkräftig geleitet hast, und dass wir durch deinen Einsatz zu einem schnellen und guten Ergebnis gekommen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der SPD und der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU))

Dank auch an Markus Rinderspacher, dass wir, nachdem sich die SPD anfänglich nicht darin finden konnte, dennoch Wege gefunden haben, wie wir alle mit diesen Än-

derungen glücklich sein können, und dass wir im gesellschaftlichen Kontext zusammenstehen können. Auch Ihnen, Herr Hacker, ein herzliches Dankeschön für die gute Mitarbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Zwar hätten wir FREIEN WÄHLER uns noch andere Themen vorstellen können, die man in die Verfassung einführen könnte, zum Beispiel den Datenschutz, das Klima oder die erneuerbaren Energien. Das sind Themen, die zwar auch drängend sind, aber vielleicht an einer anderen Stelle bearbeitet werden müssen. Die Verfassungsänderungen zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen, zum Ehrenamt und zur kommunalen Finanzausstattung sind Leib- und Magenthemen der FREIEN WÄHLER, die zum Tragen kommen. Deshalb haben wir auch mit unserem Herzblut um die Formulierungen gerungen, damit sie für uns die besten Formulierungen sind.

Zwar hätten wir uns auch bei den kommunalen Finanzen noch mehr erwartet, nämlich dass nicht nur die Finanzen im Rahmen des staatlich Möglichen sichergestellt sind, dass die Kommunen nicht nur auf Pflichtaufgaben reduziert werden, sondern auch noch ein großes finanzielles Polster für die freiwilligen Aufgaben haben, die die Kommunen übernehmen, die für unsere Gesellschaft und letztlich auch für das Ehrenamt so wichtig sind; denn hier sind die Kommunen die Träger der Werte in unserer Gesellschaft, und das muss auch in der Verfassung verankert und richtig gewürdigt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Die Förderung des Ehrenamts für den Einsatz des Gemeinwohls ist etwas, was, glaube ich, der Realität in Bayern und auch der Politik in Bayern entspricht. Politik muss immer das Gemeinwohl im Auge und zum Ziel haben; denn wenn sich die Menschen ehrenamtlich für ihre Kommunen, für ihre Vereine und Verbände einsetzen, damit das Leben in Bayern prägen und sozusagen der Puls in Bayern sind, ist es nur legitim,

wenn das auch in der Verfassung entsprechend hervorgehoben und gewürdigt wird. Deshalb sind wir auch besonders dankbar, dass dieser Satz in die Verfassung Eingang finden wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zuletzt möchte ich noch zum Mitwirkungsrecht in Bezug auf Europa ein paar Sätze sagen. Das ist eine ganz neue Herausforderung, die unsere Verfassungsväter und -mütter nicht kannten. Deshalb ist es wichtig, dass in der Verfassung verdeutlicht wird, dass hier letztlich neue Kompetenzen geschaffen werden. Nicht nur der Landtag, sondern auch der Souverän, das Volk, kann sich direkt an die Staatsregierung wenden in Dingen, die Europa betreffen, und der Staatsregierung Vorgaben machen, an die diese sich dann halten muss. Das ist ein ganz neues, zukunftsweisendes Element in unserer Verfassung, damit wir letztlich in den Herausforderungen, die auf europäischer Ebene auf uns in Bayern, einem Staat im Herzen Europas, zukommen, fortschrittlich und souverän voranschreiten können. Unseren Bürgern wird ein Instrument in die Hand gegeben, damit sie mehr Demokratie auf europäischer Ebene einführen und leben können. Darüber bin ich sehr froh und auch Ihnen, Herr Präsident Bocklet, sehr dankbar, dass Sie das vorangetrieben haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Ich hoffe, dass die Vorschläge, die wir unterbreiten, auch unserem Souverän, dem Volk, gefallen, dass es das mitunterzeichnet und damit letztlich sozusagen ratifizieren wird, um es in die Verfassungswirklichkeit überzuführen. Von daher möchte ich auch von dieser Stelle aus dafür werben, dass die Menschen in Bayern mitmachen und sozusagen den Hauch der Geschichte, der uns momentan umweht, verstärken. Die Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion der GRÜNEN möchte ich auffordern, doch auch mitzumachen. Denn das ist etwas, was gut ist für Bayern, und daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, bei Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU) - Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Kollege Thomas Hacker von der FDP das Wort. Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender.

Thomas Hacker (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht ist es die vorweihnachtliche Stimmung, die im Gegensatz zu gestern heute den großen Konsens dieses Hohen Hauses zeigt. Vielleicht ist es aber auch das grundlegende Verständnis von fast allen in diesem Parlament, wenn es darum geht, wie wir uns das Miteinander in der Gesellschaft vorstellen, den Staatsaufbau und auch die Gerechtigkeit zwischen den Generationen, was die Zukunft angeht.

Wir machen uns zu etwas nicht Alltäglichem auf. Wir machen uns auf, die Bayerische Verfassung zu ändern, und deswegen sind auch die Hürden hoch, um zu einer Änderung der Bayerischen Verfassung zu kommen. Deswegen ist es gut, dass sich vier Fraktionen dieses Hohen Hauses zusammengefunden haben, diskutiert und ihre Positionen ausgetauscht haben. Deswegen ist es auch gut, dass wir uns bei der sprachlichen Fassung bemüht haben, dass wir uns bemüht haben, nicht zu viele Worte zu machen zu den Themen, die wir haben. Denn die Verfassung ist ein hohes Gut. Sie zu ändern muss wohl bedacht sein.

Die Verfassungsänderungen sind wohlbedacht, und deswegen geht mein Dank an die Kollegen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER für die Vorbereitung, die Diskussion und dafür, dass wir das heute so einvernehmlich hier einbringen können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Dass unsere Gesellschaft vom ehrenamtlichen Engagement lebt, das haben wir in unseren Sonntagsreden immer wieder auf den Lippen, aber viel zu selten kommt der

Dank an. Deswegen meine ich, dass dieses Bekenntnis in der Bayerischen Verfassung notwendig ist und alle diejenigen stärkt, die sich in Stunden unentgeltlichen ehrenamtlichen Engagements für diese Gesellschaft einbringen. Die wenigen Worte, die wir finden, sind nicht genug für das, was wir eigentlich alle Tag für Tag gegenüber denjenigen ausdrücken sollten, die sich engagieren.

(Beifall bei der FDP, der SPD und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Dass die Kommunen der wichtigste Bestandteil des Staatsaufbaus sind, weil sie sich direkt vor Ort um die Menschen kümmern, und dass für die Bedürfnisse vor Ort auch ausreichende Finanzmittel vorhanden sein müssen, haben wir in den letzten Haushalten der Bayerischen Staatsregierung, auch in dem Haushalt, den wir aktuell diskutieren, immer wieder dokumentiert. Dass dieses Bekenntnis jetzt auch für die Zukunft niedergelegt wird, ist gut. Das ist ein wichtiges, richtiges Zeichen; denn ohne starke Kommunen wäre der Freistaat Bayern nicht so stark, wie er es derzeit ist.

Dass wir im Verhältnis zwischen Staatsregierung und Parlament klarstellen, dass das Parlament selbstbewusst auf Augenhöhe mit der Staatsregierung diskutiert und nicht nur informiert wird, sondern dass ihm auch die notwendigen Entscheidungen vorbehalten bleiben, ist auch wichtig. Lieber Herr Kollege Bocklet, Sie werden jetzt fast in den Rang eines Vaters der Verfassung gehoben. Das ist natürlich eine ganz bemerkenswerte Stunde.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Genauso wie die Kommunen fester Bestandteil unseres Staatswesens sind, sind die Regionen Bayerns fester Bestandteil. Deswegen ist es gut, dass wir in der Verfassung gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern nennen und sie dort beschreiben. Der Zukunftsrat hat empfohlen, sich auf Zentren zu konzentrieren. Ich meine, die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung in den letzten Jahren hat gezeigt, dass das nicht das Modell für den Freistaat Bayern ist. Keine Region wird abgehängt; keine Region wird vergessen. Die Angleichung der Arbeitslosenraten in den letzten

vier Jahren macht deutlich, dass wir erfolgreich vorankommen. Das auch für die Zukunft sicherzustellen, ist gut, und es ist wert, dass es in der Verfassung verankert wird.

(Beifall bei der FDP, Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Dann ist es natürlich auch wichtig, die zukünftigen Staatsfinanzen zu sichern. Wir haben gestern ausführlich darüber diskutiert, welchen großen Wert es hat, dass Schulden nicht nur aufgenommen, sondern auch zurückgezahlt werden, dass die Schuldenbremse nicht nur im Grundgesetz steht, sondern dass die Schuldenbremse gerade auch in der Bayerischen Verfassung steht. Mein stellvertretender Fraktionsvorsitzender Karsten Klein hat heftig daran mitgearbeitet, dass wir vorangekommen sind, zuerst in der Diskussion mit dem Koalitionspartner, dann auch mit den anderen Fraktionen. Es ist eine alte Forderung der Liberalen aus den Wiesbadener Grundsätzen, älter als fünfzehn Jahre, die Schuldenbremse nicht nur im Grundgesetz – dort auch -, sondern auch in den Verfassungen der Länder zu verankern. Es geht um Generationengerechtigkeit, darum, dass jede Generation den nachfolgenden Generationen nicht noch mehr Bürden auflädt und dass wir verantwortungsbewusst handeln, um die Zukunft auch für die nachfolgenden Generationen sicherzustellen.

(Beifall bei der FDP, der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Es wäre schön gewesen, wenn die Kollegen der GRÜNEN diesen Konsens mitgetragen hätten. Es sollte so nicht sein. Deswegen noch einmal mein Dank an alle, die beteiligt waren. Ich erwarte eine große Zustimmung der bayerischen Bürger zu diesem Verfassungsentwurf.

(Beifall bei der FDP, der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Christine Stahl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Stahl (GRÜNE): Herr Präsident, meine Herren und Damen! So viel Pathos am frühen Morgen – dazu muss ich sagen: Handfeste Politik ist uns GRÜNEN lieber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau daran hat es in der Vergangenheit auf dieser Seite des Hauses gemangelt. Worüber wir hier in Erster Lesung diskutieren, ist doch nicht der Ausfluss eines gesellschaftlichen Dialogs, wie dies hier gerade dargestellt wurde.

(Thomas Hacker (FDP): Konsens!)

- Herr Kollege Schmid hat "Dialog" gesagt. Das ist nicht das Ergebnis eines Dialogs, sondern das, worüber wir hier diskutieren, ist einfach ein in Form gegossener Populismus des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Das ist ganz schwach! Sie enttäuschen mich, Frau Stahl! Ich halte so viel von Ihnen, und jetzt machen Sie so etwas, Frau Vizepräsidentin! Schade!)

- Es macht mir überhaupt nichts aus, Herr Schmid, wenn ich Sie enttäusche.

Herausforderungen, denen sich die Staatsregierung in aktiver Politik stellen sollte, fasst sie in konsequenzlose Programmsätze.

(Georg Schmid (CSU): Ehrenamt, Frau Stahl!)

Sie sind in weiten Teilen, Herr Kollege, überhaupt nicht einklagbar. Ich nenne das eine Bankrotterklärung aktiver, gestaltender Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Frau Stahl!)

Während Verfassungsrichter davor warnen, Grundgesetz und Bayerische Verfassung für die Tagespolitik zu verwenden,

(Georg Schmid (CSU): Das machen wir ja nicht!)

sondern in ihnen die Kernsätze demokratischer Grundsätze festzuschreiben, wirft der Ministerpräsident seit 2010

(Georg Schmid (CSU): Vier Fraktionen können sich nicht täuschen!)

kontinuierlich verschiedene Vorschläge auf den Marktplatz.

(Georg Schmid (CSU): Sie sind einsam!)

Das ging mit der Entbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern los, bis sich dann die Berufsverbände zu Wort gemeldet haben – dann versank das in der Versenkung. Die Freiheit im Internet sollte verankert werden. Da hat der Ministerpräsident eine Forderung der Jungen Union auf Europaebene unterstützt, bis sich dann herausgestellt hatte, dass es nicht ganz so einfach ist, Stichwort Urheberrecht. Unvermeidlich ist das Thema – Sie haben es dankenswerterweise angesprochen, Herr Güller – Integrationspflicht für Ausländer, das aus Opportunitätsgründen in der Versenkung verschwunden ist.

(Harald Güller (SPD): Und weil SPD und FREIE WÄHLER nicht bereit waren, darüber überhaupt zu reden!)

- Das wären wir auch nicht gewesen.

Volksentscheide auf Bundesebene wurden ebenfalls groß angekündigt. Davon ist nicht mehr die Rede. Es ist aber davon die Rede – das nennen wir Rosinenpickerei –, dass man Volksentscheide zu europäischen Themen haben möchte. Warum? – Weil man sich relativ sicher ist, dass da populistisch auch Unterstützung kommt.

Auf CSU-Seite ist von den Forderungen die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse übrig geblieben. Ich war sehr froh, Herr Güller, dass wenigstens noch die SPD einen kritischen Blick auf die ganzen Verhandlungen geworfen hat. Sie wissen selbst, dass ganz konkrete Maßnahmen notwendig sind, um diese gleichwertigen Lebensverhältnisse auch herzustellen. In den letzten Monaten war man hier noch nicht einmal in

der Lage, ein ordentliches Landesentwicklungsprogramm auf den Weg zu bringen. Ich nehme daraus für mich in Anspruch zu glauben, dass sich, auch wenn das in die Verfassung hineingeschrieben wird, nicht sehr viel ändern wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Zweite ist die Schuldenbremse. Wir sind uns mit der SPD einig. Wenn man möchte, kann man das einfach gesetzlich regeln. Wir haben auch einen Gesetzentwurf eingebracht; denn selbstverständlich ist es unser Anliegen, dass wir solide Haushalte behalten bzw. auf den Weg bringen. Was haben wir hier? - Obwohl das bereits im Grundgesetz verankert ist, wird jetzt ausgerechnet vom Meister der Schattenhaushalte, der sich anscheinend selbst in die Pflicht nehmen muss, von Ministerpräsident Seehofer, ein weiteres Placebo in der Verfassung auf den Weg gebracht. Das wäre nicht nötig gewesen; denn Sie haben das Heft des Handelns doch in der Hand. Wir werden in diesen Tagen die Haushalte noch diskutieren. Dabei können Sie dann beweisen, wie sorgfältig Sie mit Steuergeldern umgehen.

(Harald Güller (SPD): Aber Seehofer war bei den Verhandlungen nicht dabei!
Darum waren sie ja erfolgreich!)

Der nächste Punkt ist die Bindung der Staatsregierung bei Fragen, die die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union betreffen. Darüber kann man diskutieren; das ist sehr strittig. Wir haben zu diesen Fragestellungen ein Fachgespräch durchgeführt. Ich sage Ihnen: Wir halten diese Regelung für äußerst bedenklich, weil sie aus unserer Sicht nicht verfassungskonform ist. Ich nehme das jedenfalls aus dem Fachgespräch mit.

Hineinverhandelt wurde die Würdigung des Ehrenamtes. Ich verstehe gut, dass dieses Bedürfnis besteht, dass man die Staatsregierung endlich einmal auch dazu zwingen möchte, für das Ehrenamt etwas zu tun. Ich erinnere mich aber auch, dass man hier zum Beispiel bei den Steuerbefreiungen für Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahres nicht zustimmen wollte. Dasselbe galt auch bei weitergehenden Freistellungen

für Menschen, die ein Ehrenamt innehaben. Auch hier stand wieder einerseits ein wunderschöner Programmsatz zur Gewissensberuhigung, auf der anderen Seite gab es aber konkrete Anträge, denen nicht zugestimmt wurde.

Ich nehme Ihnen, der SPD und auch den FREIEN WÄHLERN, ab, dass das bei Ihnen im Konkreten, in der aktiven Politik anders aussieht; denn teilweise kamen die Anträge ja von dieser Seite. Dafür habe ich Verständnis. Auf der rechten Seite des Hauses aber nehme ich Ihnen dieses nicht ab.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Frau Stahl, mehr Vertrauen, bitte!)

Ein weiterer hineinverhandelter Punkt ist die Finanzausstattung der Gemeinden. Davon abgesehen, dass man sich allein schon darüber streiten kann, was eine "ausreichende Finanzierung" ist, fand ich doch sehr bemerkenswert, dass im Gesetzentwurf unter dem Punkt Kosten "keine" stand. Allein das zeigt schon, dass man nicht wirklich an einer ordentlichen Finanzausstattung der Gemeinden interessiert ist, wenn man das ganze mit "null Kosten" kennzeichnet.

(Georg Schmid (CSU): Sieben Milliarden Euro bekommen die!)

Selbst wenn es in der Verfassung steht – da besteht sicherlich Einigkeit -, werden Sie darum kämpfen müssen, die Kommunen ordentlich auszustatten.

(Harald Güller (SPD): Aber dann mit anderen Koalitionen! Wir brauchen mit der anderen Verfassung auch eine andere Regierung!)

Über das, was angemessen ist, gehen hier im Hohen Hause die Vorstellungen weit auseinander. Letztendlich wird die Verfassung dadurch, dass ständig neue Staatsziele aufgenommen und unverbindliche programmatische Aussagen formuliert werden, geschwächt; die Verfassung droht damit beliebig zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Politik beteiligen wir uns nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Barbara Stamm (CSU): Wie war das mit dem Tier-
schutz damals?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Stahl, nach Schluss Ihrer Rede hat sich Kollege Pohl zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Ich bitte Sie, noch einmal an das Redepult zu treten, damit der Herr Pohl seine Zwischenbemerkung an Sie richten kann. Bitte sehr, Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Stahl, ich möchte Sie doch gerne nach Ihrem Verfassungsverständnis fragen. Was steht denn in einer Verfassung? - Die Verfassung gibt den Rahmen vor. Natürlich sind darin nicht einklagbare Programmsätze enthalten. Das ist klar. Aber diese Programmsätze binden Gesetzgebung, Rechtsprechung und Exekutive. Wenn Sie die Bedeutung der Bayerischen Verfassung so gering achten, muss ich Sie schon fragen, warum Sie dann nicht den Antrag stellen, weite Teile der Bayerischen Verfassung außer Kraft zu setzen, weil sie parallel zum Grundgesetz laufen.

Ein Letztes: Sie sagten, wir hätten Aschermittwochreden des bayerischen Ministerpräsidenten abgeschrieben. Zum einen ist es auch einem bayerischen Ministerpräsidenten nicht verboten, einmal beim politischen Aschermittwoch etwas Sinnvolles zu sagen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Zum anderen ist zu sagen, Frau Kollegin: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse propagieren wir FREIE WÄHLER seit über zehn Jahren, und das gilt für die Kommunalfinanzen gleichermaßen. Wenn wir es nun schaffen, diese Forderungen so zentral in die Bayerische Verfassung als Grundlage hineinzuschreiben, ist das für diese Anliegen hervorragend und wesentlich besser, als wenn man in dem einen oder anderen Punkt einmal einen Treffer landet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Kollege Pohl. Frau Kollegin Stahl, Sie haben das Wort.

Christine Stahl (GRÜNE): Ich mache es kurz, weil ich meine Redezeit bereits überzogen habe. Herr Kollege Pohl, mein Verfassungsverständnis ist sehr gefestigt. Das versichere ich Ihnen. Genau deshalb halte ich es mit den Verfassungsrechtlern auf Bund- und Länderebene, die eindeutig davor warnen, die Verfassung weiter aufzublähen. Genau deswegen haben wir uns auch – das war ein langer Diskussionsprozess – dagegen entschieden, den Klimaschutz mit aufzunehmen. Lesen Sie doch einmal unsere Verfassung durch, dann sehen Sie, dass alles, was wir brauchen, im Grunde genommen schon darin enthalten ist.

Ich brauche kein Sammelsurium an neuen Programmsätzen, sondern ich brauche die Umsetzung dessen, was in der Verfassung steht. Daran mangelt es. Diese Erfahrung durfte ich seit der letzten Verfassungsänderung hier sehr wohl machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Stahl. Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich namens unseres Ministerpräsidenten und der gesamten Staatsregierung herzlich für diese richtungweisende Initiative der vier Fraktionen bedanken. Es ist ein beachtliches Zeichen lebendigen Parlamentarismus', dass diese gemeinsame Initiative in dieser Weise möglich geworden ist.

Nachdem ich mir gerade Ihre Ausführungen angehört habe, liebe Frau Kollegin Stahl, glaube ich, dass Sie schon gewaltiger Verrenkungen bedurften, um zu erklären, warum Sie dem, was jetzt hier vorliegt, nicht zustimmen wollen.

(Beifall bei der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dass man hier erklärt, was man sich sonst noch alles hätte wünschen können, ist nachvollziehbar, aber, mit Verlaub, eine ganz konkrete Begründung, warum Sie den Formulierungen, die mit diesem Entwurf vorgelegt worden sind, nicht zustimmen wollen, konnte ich letzten Endes Ihren Ausführungen nicht entnehmen.

Dass Verfassungsbestimmungen keine konkrete Politik ersetzen können, ist selbstverständlich. Ich denke nur einige Jahre zurück, als es darum ging, die Grundanliegen des Umweltschutzes in die Bayerische Verfassung aufzunehmen.

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU))

Da konnte man vonseiten der GRÜNEN auch nicht andeutungsweise hören, dass deren Aufnahme in die Verfassung überflüssig oder verfehlt wäre.

Ich denke, es ist ein Zeichen eines modernen, dynamischen Verfassungsverständnisses, dass man, – wie es Kollege Güller vorhin zu Recht gesagt hat – nicht jeder modischen Strömung nachläuft und nicht alles, was im Moment die Schlagzeilen bestimmt, in die Verfassung aufnimmt. Aber das, was ganz offensichtlich von grundlegender Bedeutung für die Weiterentwicklung unseres Landes ist, in entsprechender Weise in die Verfassung einzufügen, ist richtig und wichtig.

Diese Verfassung ist im Jahre 1946 unter dem Eindruck der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus geschrieben worden. Angesichts eines Landes, das damals in Trümmern lag, seinerzeit ging es darum, eine Demokratie und dieses Land auch im wörtlichen Sinne neu aufzubauen. Heute haben wir andere Herausforderungen. Die Frage gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land oder die Frage, wie wir das Zusammenwirken innerhalb der Europäischen Union gestalten und wie wir darauf achten, was wir als Länder selbst gestalten können, stand damals gar nicht zur Diskussion. Das gilt auch für die Wahrung der parlamentarischen Rechte und dafür, dass nicht weitere Hoheitsrechte sozusagen am Par-

lament vorbei an die EU übertragen werden. Das alles sind Herausforderungen, die es damals nicht gegeben hat. Deshalb ist es richtig, wenn sich dieses Parlament heute damit beschäftigt, diese Fragen in der Verfassung festzuschreiben.

Ich glaube, wir sind hier auf einem wirklich guten Weg. Ich kann die Vorlage nur nachdrücklich begrüßen. Die Einzelheiten werden wir in den nächsten Wochen und Monaten im Parlament gründlich diskutieren.

Wir haben einen guten Fahrplan dafür, der es ermöglicht, die Abstimmung über diese Verfassungsänderungen mit der Landtagswahl im September nächsten Jahres verbinden zu können. Ich denke, es entspricht der bisherigen Verfassungstradition, nachdem es sich um völlig verschiedene Themen handelt, die Bürgerinnen und Bürger über jedes Thema getrennt abstimmen zu lassen. Wir sind im Moment noch in der Prüfung. Ich halte es aber organisatorisch für vertretbar, dass wir diese fünf getrennten Abstimmungen trotzdem im Interesse der Übersichtlichkeit für die Bürger auf einem Stimmzettel zusammenzufassen.

(Harald Güller (SPD): Sehr gut!)

Wir werden das dann für die Bürgerinnen und Bürger überschaubar gestalten können.

(Beifall bei der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vielen Dank für das Engagement. Ich freue mich auf die Diskussionsrunde in den nächsten Wochen.

(Beifall bei der CSU, der FDP, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz zu überweisen. Be-

steht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.